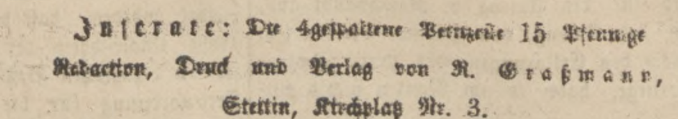
Abonnement in Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige
Redaction, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Sonnabend, den 15. Februar 1879. Nr. 78.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhaus.

53 Sitzung vom 14 Februar.

Präsident v. Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10¼ Uhr.

Am Ministertisch: Finanzminister Hobrecht, Handelsminister Maybach.

Tagesordnung:
Fortsetzung der Berathung des Generalberichts der Budget-Kommission, und zwar zunächst über die Resolutionen zu dem Eisenbahnwesen.

Abg. Richter-Hagen setzt seine gestrigen Ausführungen fort.

Nach meinen gestrigen sachlichen Ausführungen erübrigt mir heute nur noch, die Ansicht meiner Partei in technischer Beziehung zu den Kommissions-Anträgen näher darzulegen. Wir sind der Meinung, daß auch unter anderen als den gegenwärtigen finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnissen der Ankauf von Vollbahnen in der Regel geeignet ist, die Entwickelung unseres Eisenbahnwesens zu schädigen. Wir haben nur deshalb für den Antrag in der Kommission gestimmt, als uns von anderer Seite erklärt worden ist, daß dieser Antrag durchaus nicht künftigen Entschließungen präjudicire. Wir legen Werth darauf, daß der Kommissionsantrag 2) in Verbindung mit dem Kommissionsantrag zu 1) zur Annahme gelangt. Die Nummer 2) würde wesentlich ihren Werth einbüßen ohne die Nummer 1), oder sind Sie nicht der Meinung, daß die Sekundärbahnen leiden müssen in Konkurrenz mit dem Ankauf von Vollbahnen in dieser Zeit? Der Fehler unserer Eisenbahn-Entwickelung liegt darin, daß der große durchgehende Verkehr zu einseitig berücksichtigt wird; die Klagen über die Differentialtarife erklären sich eben aus diesem Umstande. Der Herr Handelsminister scheint bei diesem Fehler verharren zu wollen. Ein Minister, der sich mit Ankaufsplänen in so großem Umfange trägt, dem wird es nicht möglich sein, diejenige Sorgfalt für den lokalen Verkehr zu entwickeln, unter der das Sekundärbahnwesen allein gedeihen kann. Deshalb steht der Ankauf von Vollbahnen der gedeihlichen Entwickelung des Sekundärbahnwesens hindernd entgegen. Die Erklärung des Abg. Lasker, daß die nationalliberale Partei in Eisenbahn-Angelegenheiten nicht gewillt sei, eine Politik von Fall zu Fall zu unterstützen, sondern die Lage generell geregelt wissen wolle, acceptiren wir gern. Den Anträgen Lasker's können wir aber nicht zustimmen, weil dieselben viel zu weit gehen. Wir befinden uns allerdings am Ende unserer Legislaturperiode, wir können nicht voraussehen, welche Stellung das neue Haus in diesen Fragen einnehmen wird, ich glaube aber, daß ein vorsichtiger Geschäftsmann ein Wettgeschäft auf die in Aussicht stehenden Bahngeschäfte kaum eingehen wird. Wir (die Fortschrittspartei) haben in Eisenbahnfragen einen wesentlich negativen Standpunkt eingenommen, denn wir glauben, daß eine Ueberhastung in Widerspruch mit der Wissenschaft und in Widerspruch mit den Erfahrungen in unserem Lande und in anderen Ländern steht. Wir können auch mit einer gewissen Genugthuung auf diese Politik der Negation zurückblicken. Beschlüsse auf anderen Gebieten können rückgängig gemacht werden, in Eisenbahnfragen hat jeder Beschluß die weitgehendsten Folgen. Gerade darum ist die Verantwortung eine sehr schwere, positive Beschlüsse zu fassen, von deren Ergebnisse man nicht völlig überzeugt ist. Die Anträge der Kommission lassen völlig freie Hand und verlangen, das zu thun, was unter den gegenwärtigen Verhältnissen das allein richtige ist: Abstand zu nehmen von dem Ankauf von Vollbahnen. Wir bitten Sie, diese Anträge anzunehmen.

Regierungs-Kommissar Geh. Rath Brefeld führt aus, daß die Behauptungen des Abg. Richter über die schlechte Rentabilität der Staatsbahnen durchaus unrichtig seien. Wären dieselben wahr, so würden die Staatsbahnen in einem solchen Zustande sein, daß man nicht mehr auf ihnen fahren könne und doch seien dieselben Musterbahnen. Die Eisenbahn-Verwaltung habe schon einen Ueberschuß von 200 Millionen Mark gehabt. Dann müsse man doch auch bedenken, daß die meisten Bahnen erst allmälig sich rentiren, daß also der Ueberschuß mit der Zeit größer werden werde. Die fernere Behauptung, daß die Privatbahnen durch die Projekte der Regierung geschädigt werden, sei ebensowenig zutreffend. Die Zahl der Beamten solle größer werden. Aber wenn man die Bahnen unter 20 Gesellschaften verzeitelt, dann werde man sehen, wie sehr die Zahl der Beamten steigt. Die Verwaltung einer Privatbahn-Gesellschaft koste circa 500,000 Mark, während dieselbe Strecke im Staatsbesitz nur 85,000 Mark koste. Gerade in Preußen mit seinen militärisch geordneten Verhältnissen seien die Bedingungen zu einem durchgebildeten Staatsbahnsystem gegeben. (Lebhaftes Bravo rechts.)

Abg. Freiherr v. Hammerstein: Der Abg. Lasker hat der bisherigen Eisenbahn-Politik Systemlosigkeit vorgeworfen, sein Antrag spricht sich aber für ein bestimmtes System ebenfalls nicht aus. Mein Antrag (Durchführung des Staatseisenbahnsystems) will prinzipiell aussprechen, daß eine gedeihliche Entwickelung unseres Eisenbahnwesens nur durch weitere Ausdehnung des Staatseisenbahnnetzes erreicht werden kann. Unser Antrag hatte keinen anderen Zweck, als von zuständiger Seite einen Ausspruch zu provoziren. Dieser Zweck ist vollständig erreicht; der Minister hat dem von uns aufgestellten Prinzip zugestimmt. Wir haben kein Interesse daran, den Antrag weiter zu verfolgen, denn wir haben nicht das Bedürfniß, am Schlusse der Legislaturperiode ein politisches Testament zu machen. Wir ziehen deshalb den Antrag zurück.

Abg. Richter (Hagen) nimmt den Antrag Hammerstein wieder auf, um zu konstatiren, wie viel Abgeordnete der Eisenbahnpolitik des Ministers zustimmen.

Die Abgg. Lucius, v. Rauchhaupt und v. Hammerstein erklären zur Geschäftsordnung, daß sie nunmehr gegen den Antrag stimmen werden.

Abg. Windthorst-Meppen erklärt dagegen, daß er vollkommen ernst Stellung zu diesem Antrage nehmen werde.

Abg. Frhr. v. Heereman dankt zunächst dem Minister für die Art und Weise, wie er sich über die Eisenbahn-Politik ausgesprochen. Derselbe habe das mit einer Offenheit gethan, wie man es im Hause nicht mehr gewohnt sei. Er habe sich gefreut, daß der Minister auch den Lokalbahnen eine besondere Aufmerksamkeit zuwende. Darin liege ein großer Fortschritt und er glaube, daß man hiervon eine weise Förderung unseres wirthschaftlichen Lebens erwarten dürfe. — Was die sonstigen Ausführungen des Ministers anlange, bemerkt Redner weiter, so finde ich, daß in neuerer Zeit der Zug durch unsere Regierung, und in gewissem Grade auch durch dieses Haus geht, überall eine Art von Beirath sich zur Seite zu stellen. Man will dabei scheinbar den Wünschen der Bevölkerung entgegenkommen und thut schließlich doch, was man will. Dieser Zug der Zeit macht mich sehr bedenklich. Ich bedaure, daß der Ankauf von Privatbahnen durch den Staat von der Regierung nicht aufgegeben worden ist in einer Zeit, wo wir uns in einer nicht sehr glücklichen Finanzlage befinden. Die Gründe, die der Minister dafür angeführt, haben mich nicht zu überzeugen vermocht. Im staatlichen Leben giebt es keinen größeren Fehler, als wenn man den realen Verhältnissen nicht Rechnung trägt. Wir können nicht tabula rasa machen; auch kann sich der Minister nicht auf ein ideelles Gebiet stellen, für das jede feste Unterlage fehlt. Unser Privat-Eisenbahnwesen hat sich so entwickelt, daß es unmöglich ist, auf einmal jetzt eine andere Richtung einnehmen zu wollen. Ich halte das im hohen Grade für nachtheilig. Andere Staaten haben einen solchen Wechsel nur vorgenommen, wenn es sich um kleine Bahnstrecken handelt. Will man auf diese Weise vorgehen, so kann das nicht geschehen ohne Verletzung berechtigter Interessen und andererseits auch nicht, ohne uns in ein großes Maaß von Schulden zu stürzen. In Westfalen giebt man den Privatbahnen vor den Staatsbahnen den Vorzug, weil dieselben schneller und leichter den Verkehr vermitteln. Und was speziell das Tarifwesen anlangt, so sind es gerade die Staatsbahnen gewesen, die in erhöhterem Maße mit einer Aenderung vorgegangen sind. Auch bei den Differentialtarifen haben die Staatsbahnen eine größere Schuld auf sich geladen, als die Privatbahnen. Was mich aber besonders gegen das Staatseisenbahnsystem einnimmt, ist der Umstand, daß dasselbe die Entwickelung der Staatsomnipotenz in noch weiterem Maße fördert. Dieser Auffassung trete ich überall entgegen, weil ich sie für gefährlich und nachtheilig halte. Je mehr Sie in dieser Weise den Umfang des Rahmens des Staats überspannen, um so weniger [illegible] machen Sie den Staat; je mehr Sie die freie Bewegung im Staate hemmen, je mehr gefährden Sie den Staat. Dem Antrag Lasker kann ich nicht zustimmen, weil mir derselbe zu wenig entschieden ist. Ich lege Werth darauf, daß hier ausgesprochen wird: daß wir dieser Richtung der Regierung, das Staats-Eisenbahn-System zu fördern, nicht beitreten können.

Die Diskussion wird geschlossen.

Nach kurzen persönlichen Bemerkungen erhält noch das Schlußwort der Referent Abg. Rickert, der sich indeß nur gegen die Zahlenaufstellung des Regierungs-Kommissars wendet und demselben den Vorwurf macht, daß er diese Zahlen nicht in der Kommission zum Gegenstand einer Erörterung gemacht hat.

Bei der nun folgenden Abstimmung wird zunächst der Antrag Hammerstein mit allen gegen die Stimme des Abg. Sombart, der Antrag Lasker dagegen mit schwacher Majorität abgelehnt.

Die Abstimmung über den Antrag der Budget-Kommission:

„Die Staatsregierung aufzufordern, von dem Ankauf von Vollbahnen unter den gegenwärtigen finanziellen und wirthschaftlichen Verhältnissen Abstand zu nehmen“

wird mit 179 gegen 174 Stimmen ebenfalls abgelehnt.

Die weiteren von der Kommission zu der Eisenbahnfrage vorgeschlagenen Resolutionen, das Sekundärbahnwesen betreffend, werden mit großer Majorität vom Hause angenommen.

Es gelangen jetzt die folgenden von der Budgetkommission beschlossenen Resolutionen zur Berathung. Das Haus der Abgeordneten wolle erklären:

1) Im Interesse einer geordneten Finanzwirthschaft ist es geboten: das Gesetz vom 25. Mai 1873, betreffend die Klassen- und Einkommensteuer, dahin abzuändern, daß es ermöglicht wird, in dem Staatshaushaltsetat jährlich so viel an Klassen- und Einkommensteuer in Ansatz zu bringen, als zur Deckung des jeweiligen Ausgabebedarfs erforderlich ist.

2) Die im Interesse des deutschen Reichs und Preußens angestrebte Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs liegt nur dann im preußischen Staatsinteresse, wenn die volle Gewähr dafür gegeben wird, daß der hierdurch, sei es durch Herabminderung der Matrikularbeiträge unter den im Etat 1879—80 vorgesehenen Satz, sei es durch direkte Ueberweisung verfügbarer Einnahmen vom Reich, für Preußen disponibel werdende Betrag, insoweit über denselben nicht mit Zustimmung der Landesvertretung im Etat eine anderweitige Verfügung getroffen ist, jährlich unverkürzt zur Herabminderung der Klassen- und kassifizirten Einkommensteuer verwendet werde.

Es liegen hierzu Abänderungsanträge der Abgg. v. Rauchhaupt, Frhr. v. Hüne, Frhr. v. Minnigerode, Lauenstein vor, die Referent, Abg. Rickert, zunächst eingehend beleuchtet und deren Ablehnung befürwortet.

Es haben sich 11 Redner gegen und 16 für die Anträge der Kommission zum Worte gemeldet.

Finanzminister Hobrecht: Der Herr Referent hat in seinen letzten Worten sich anscheinend darüber beklagt, daß der Beschluß über die Eisenbahnfrage ohne Mitwirkung des Finanzministers erfolgt sei. Ich muß darauf Werth legen, daß in dieser Beziehung nicht eine falsche Deutung meines Schweigens Platz greife, und bemerke daher ausdrücklich, daß ich die folgenschwere Bedeutung der Ausbreitung des Staatseisenbahnsystems für die Finanzlage des Staates vollkommen anerkenne, und daß ich den Einfluß, der dadurch auf den Staatshaushaltsetat ausgeübt wird, sehr wohl zu würdigen weiß, und daß ich die Bedenken, die daraus entnommen worden sind, sicherlich nicht unterschätze; daß ich aber nach reiflicher Erwägung zu der Ueberzeugung gekommen bin, daß diese Bedenken, wenn man sie scharf prüft und gliedert, die volkswirthschaftlichen und verkehrspolitischen Gründe nicht zu entkräften vermögen, welche für die Ergänzung unseres Staatsbahnwesens zwingend sprechen, wie sie gestern der Herr Handelsminister hier vorgeführt hat. Nachdem ich als Staatsminister diesem Vorschlage zugestimmt, habe ich auch als Finanzminister zu erklären, daß ich die Entwickelung unseres Staatsbahnwesens nicht nur nicht hindern, sondern fördern werde. Eine gesunde Finanzwirthschaft wird immer zu den Grundsätzen führen, die der Referent ganz richtig ausgeführt hat; wenn es sich aber um die richtige Bemessung des für eine bewegliche Steuer gestatteten Spaciums handelt, so kann dasselbe nur bemessen werden nach dem Interesse, daß zunächst der Steuerzahler und demnächst die Kommunen bei dieser beweglichen Steuer haben. Aber man dürfe das bewegliche Spacium nicht zu weit ausdehnen, die Beweglichkeit der Einnahme dürfe nicht zu leicht gemacht werden, man schädige sonst die Steuerzahler und die Kommunen, die sich an die direkte Staatssteuer halten, ihre Etats danach einrichten müssen. Es würde somit für diese ein Nachtheil erwachsen, wenn man eine zu große Beweglichkeit in der Einnahme zuließe. Er könne daher eine bestimmte Erklärung der Staatsregierung in diesem Punkte nicht abgeben, weil keine Veranlassung vorhanden sei, heute über eine Frage definitiv zu entscheiden, die erst zur Ausführung kommen könne nach einer tiefgreifenden Reform der direkten Steuern, welche wiederum abhängig ist von der Vermehrung der indirekten Steuern. Darüber heute sich zu äußern, sei völlig zwecklos, jede Diskussion unnütz. M. H.! Ich bin in der Lage und ermächtigt, durch eine Allerhöchste Kabinetsordre Sr. Majestät des Königs zu erklären:

daß, insoweit durch Steuerreformen die Reichs-Matrikular-Beiträge Preußens unter den in unserem Staatshaushaltsetat für 1879—80 vorgesehenen Betrag sinken, oder aus Reichseinnahmen verfügbare Mittel dem preußischen Staatshaushalt überwiesen werden, und über diese Mehreinnahmen resp. Ausgabe-Ersparnisse nicht mit Zustimmung der Landesvertretung behufs der Bedeckung der Staatsausgaben oder behufs Ueberweisung eines Theiles des Betrages der Grund- und Gebäudesteuer an die kommunalen Verbände Verfügung getroffen ist, ein vorbehaltlich der nöthigen Abrundungen gleicher Betrag an der für das betreffende Jahr normirten Klassen- und klassifizirten Einkommensteuer zu erlassen ist. (Bewegung. Hört, hört!)

Meine Herren! Die Regierung muß einen Werth darauf legen, daß das Haus einen Antrag annimmt, der sich in gleichem Sinne ausspricht, wie die eben von mir verlesene zusichernde Erklärung. Die Staatsregierung würde in solchem Beschlusse nicht nur mit Freuden das Zustandekommen einer Verständigung überhaupt erblicken, sondern auch daraus ihrerseits die Verpflichtung herleiten, einen Gesetzentwurf im Sinne dieser Anträge in der nächsten Session einzubringen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Lauenstein dankt dem Minister für die abgegebene Erklärung und empfiehlt den Antrag der Kommission, welcher im Falle disponibel werdender Bestände eine Herabminderung der Klassen- und Einkommensteuer fordert, insofern nicht über diese Bestände mit Zustimmung der Landesvertretung im Etat anderweitig verfügt sei; nur wünscht er, daß in dem Antrage ausdrücklich auf die Verwendung durch Ueberweisung eines Theils der Grund- und Gebäudesteuer an die Kommune hingewiesen event. die Worte „im Etat“ gestrichen würden.

Abg. v. Benda tritt diesem Amendement entgegen. Voraussichtlich würde der Ertrag der projektirten indirekten Reichssteuern nicht erheblich die Höhe der gegenwärtigen Matrikularbeiträge übersteigen, so daß der auf Preußen entfallende Betrag gerade nur ausreiche, um das Deficit des preußischen Etats zu decken und die erhöhten Anforderungen des Unterrichtswesens zu befriedigen. Es sei deshalb bedenklich, von vornherein zu erklären, daß man ohne Rücksicht auf das vorhandene Bedürfniß die Grund- und Gebäudesteuer an die Kommunen überweisen wolle. Unannehmbar würde diese Forderung sein, wenn man sie obligatorisch aufstellen und dadurch eine so weit gehende Erhöhung der indirekten Reichssteuern fordern wollte, daß dadurch das Verhältniß zwischen direkten und indirekten Steuern in einem die Gerechtigkeit verletzenden Maße verschoben würde.

Abg. Frhr. v. Huene beantragt den Absatz 1 der zweiten Resolution der Kommission zu streichen und statt dessen zu sagen: „für den Fall der Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reiches erachtet es das Haus der Abgeordneten unter dankbarer Annahme der mit Allerhöchster Ermächtigung abgegebenen Erklärung des Finanzministers für erforderlich, daß rc.“

Abg. Graf Limburg-Stirum spricht sich mit Entschiedenheit gegen die Anträge der Kommission und für den Antrag v. Rauchhaupt aus. Auch gegen den Antrag von Huene, wie er jetzt modifizirt nach den Erklärungen des Herrn Finanzministers vorliege, habe er im Ganzen nichts einzuwenden.

Abg. Dr. Hänel polemisirt gegen die Ausführungen des Vorredners. Die Quotisirung sei noch lange kein unbeschränktes Steuerbewilligungsrecht, sie sei im Grunde nichts als die Sicherung des Ausgabebewilligungsrechtes. Wenn also die Staatsregierung eine solche entgegenkommende Erklärung abgiebt, so acceptiren wir diese Erklärung bestens, aber zu besonderem Danke verpflichtet uns das nicht. Denn die Regierung hat ihre Erklärung abgegeben zur Resolution V, nicht zu IV, und wenn wir ganz offen sein wollen, so können wir nicht verkennen, daß wir ganz anders denken, als die Staatsregierung. Die Regierung spricht nur von der Quotisirung der neuen Reichssteuern, die wir noch gar nicht haben. Wir müssen, soweit unsere Kräfte reichen, uns sichern, denn es ist leider wahr, daß die Frage der Gerechtigkeit jetzt in Frage gestellt wird durch die Projekte des Reichskanzlers, und daß die sozialdemokratischen Phrasen von der Klassenausbeutung zur Wahrheit werden, wenn eine ungerechte Steuervertheilung durchgehen sollte und wenn auf die allernothwendigsten Lebensmittel Steuerlasten gelegt werden sollten.

Abg. Frhr. v. Minnigerode bemerkt dem Vorredner, der die Quotisirung als etwas ganz Harmloses hingestellt habe, die Quotisirung sei die Mutter des Konfliktes. Das konservative Steuerprogramm sei dagegen einfach auf Sparsamkeit berechnet und werd beitragen zur Erfüllung dessen, was die Reichsverfassung verlangt, zur Einführung der selbstständigen Reichssteuern.

Abg. Graf v. Bethusy-Huc wird, obwohl er die Resolution IV. nicht für opportun hält — denn wenn V. eine Ueberweisung der Gebäudesteuer will, so könne das natürlich und selbstverständlich nur erfolgen auf dem Wege der Quotisirung; — doch für IV. stimmen, weil er den Schein vermeiden will, ein Prinzip zu verleugnen, zu welchem er und seine Partei sich seit Langem bekannt haben. Seine Partei nehme an den gegen die indirekten Reichssteuern vorgebrachten konstitutionellen Bedenken nicht in ihrem vollen Umfange Theil, weil sie an die nothwendige Konsequenz der Thatsachen glaube und überzeugt sei, daß die vermehrten Reichseinnahmen, soweit sie Preußen zufallen, nicht anders als in dem vom Hause gewünschten Sinne verwendet werden können. In dem Staatsschulden- und im Ausgabe-Bewilligungs-Gesetz lägen zwei wichtige Korrektive dafür. Auf die einzelnen Anträge einzugehen, hält Redner nicht für geboten, er lege den Haupt-Accent darauf, eine Manifestation des Hauses herbeizuführen, welche das Einverständniß bekunden soll zwischen der Regierung und den positiven Parteien des Hauses, und die den Reichstag in die Lage setzen soll, frei, ohne Rücksicht auf die konstitutionellen Bedenken, lediglich vom Gesichtspunkte der finanziellen und zollpolitischen Angemessenheit, seine Beschlüsse zu fassen, unvermischt mit fremden politischen Hindernissen. Redner drückt schließlich seine Freude darüber aus, daß das Centrum das erste Mal die Hand dazu bietet, sich mit der Regierung über die großen wirthschaftlichen Fragen zu verständigen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Dr. Lasker: Meine politischen Freunde haben seit zehn Jahren die Quotisirung angestrebt. Wir wollen nur mit der Zustimmung zu den Resolutionen kein materielles Urtheil aussprechen und nehmen die Resolution V. nur an, weil dadurch ein materielles Hinderniß seitens Preußens gegenüber der Reichs-Finanzpolitik fortgeräumt wird. Wir wollen aber uns freie Hand behalten im Reichstage in jeder uns angemessenen Weise Kritik üben zu können.

Die Diskussion wird geschlossen.

Nach einem kurzen Resumé des Referenten wird unter Ablehnung des Antrages v. Rauchhaupt die Resolution IV. der Budget-Kommission betreffend die Quotisirung angenommen. Demnächst ebenso Resolution V. der Kommission mit den Amendements von Huene und Lauenstein.

Es folgt die Diskussion über die letzte Resolution der Kommission:

VI. Die königliche Staatsregierung aufzufordern, dahin zu wirken, daß in Zukunft das Etatsgesetz für das deutsche Reich früher festgestellt wird, als das Etatsgesetz für Preußen.

Abg. Dr. Lucius (Schleusingen) beantragt über diesen Antrag Uebergang zur Tagesordnung und begründet dies damit, daß es ein gefährliches Präcedens enthalte, wenn die preußische Landesvertretung in dieser Frage in den Gang der Reichs-Gesetzgebung einzugreifen unternehme.

Abg. Dr. Virchow vertritt den Antrag der Kommission, welcher innerhalb derselben keinen Widerspruch gefunden habe.

Abg. Windthorst (Meppen) wäre sachlich mit dem Antrage der Kommission einverstanden, doch möchte er bitten, ihm zu sagen, wie dessen Ausführung zu ermöglichen sei. — Den Antrag Lucius könne er nicht acceptiren, da er sich mit seiner Motivirung nicht einverstanden erklären könne.

Hierauf wird der Kommissions-Antrag angenommen.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.

Schluß 4 Uhr.

Nächste Sitzung: Sonnabend 10 Uhr.

Tagesordnung: Die vom Herrenhause zurückgelangten Gesetze betr. die Ausführung der Civil-Prozeßordnung, Schiedsmannsordnung, höheren Verwaltungsdienst.

Deutschland.

** **Berlin**, 14. Februar. Es ist bereits gemeldet worden, daß der Kultusminister, um die große Ungleichheit der auf die Ferien der Volksschulen bezüglichen Bestimmungen zu beseitigen, eine Ferienordnung für die Volksschulen erlassen hat. Zur Ergänzung dieser Mittheilung diene, daß die gesammte Ferienzeit auf 63 Tage bemessen werden soll.

Durch allerhöchste Ordre vom 9. Januar d. J. ist die Regierungs-Instruktion vom 23. Oktober 1817 in § 20 sub 9 und sind ferner die Bestimmungen der Geschäftsanweisungen für die Regierungen vom 31. Dezember 1825 abgeändert worden. Dafür sind hinsichtlich der zum Gebiet des Hochbaues gehörigen Bauten im Bereich der Forstverwaltung neue Bestimmungen erlassen worden, welche besagen, zu welchen Bauten den Regierungen und zu welchen dem landwirthschaftlichen Minister als jetzigem Chef der Forstverwaltung die Genehmigung zusteht. Der jetzige Umfang der Monarchie und die in Folge dessen gestiegene Bauthätigkeit ließen die bisherige Einrichtung nicht mehr als genügend erscheinen. Die bezügliche Ausführungsverordnung ist noch vom Finanzminister erlassen. In derselben wird zugleich ein einheitliches Verfahren in Bezug auf die Gebäude-Inventarien angeordnet.

Der deutsche Beamtenverein, der seine erfolgreiche Thätigkeit am 7. Dezember 1871 begonnen, hat durch allerhöchste Kabinetsordre vom 15. Januar d. J. die Rechte einer juristischen Person erhalten. Der Verein hat sich bekanntlich die Aufgabe gestellt, die wirthschaftliche Lage des Beamtenstandes zu fördern, zählt gegenwärtig über 500 Mitglieder und besitzt in den Einlagen derselben ein Kapital von 15,000 M., die Darlehnskasse erreichte einen Umsatz von 70,000 M. Auch die seit einiger Zeit errichtete Sparkasse erfreut sich reger Theilnahme. Es liegt jetzt in der Absicht, an die Gründung einer Pensions-, Wittwen- und Waisenkasse für die Mitglieder des Vereins heranzutreten.

Dem Bundesrath sind die Entwürfe von Bestimmungen über die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Walz- und Hammerwerken und in Glashütten vorgelegt worden. In der beigefügten Denkschrift wird mitgetheilt, daß die zur Begutachtung der beiden Entwürfe vor Kurzem berufenen Kommissionen über das Bedürfniß und den Umfang der zu erlassenden Bestimmungen in allen wichtigen Punkten einverstanden waren. Man war darüber nicht zweifelhaft, daß in dem Betriebe der Glashütten wie der Walz- und Hammerwerke gewisse Arbeiten vorkommen, welche theils für Arbeiterinnen überhaupt oder in einem gewissen Alter, theils für Knaben sich nicht eignen, und daß es vom Standpunkte des industriellen Betriebes unbedenklich sei, hier von Aufsichtswegen eine bestimmte Grenze zu ziehen. Man erkannte aber auch an, daß in dem Betriebe der gedachten Werke gewisse Erleichterungen für die Verwendung jugendlicher Arbeitskräfte gewährt werden müssen, wenn den Werken ein rationeller Fortbetrieb möglich bleiben soll. Unter Berücksichtigung des Ergebnisses der Kommissionsberathungen sind die Entwürfe in der nunmehr vorliegenden Gestalt festgestellt worden. Die Entwürfe enthalten in dem ersten Abschnitt diejenigen Bestimmungen, welche die Verwendung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern beschränken; in den weiteren Abschnitten sind die Bestimmungen zusammengefaßt, welche die Verwendung der jugendlichen Arbeiter erleichtern sollen.

Der Stand der Verhandlungen mit Rom ist bereits wieder Anlaß zu allerlei irrigen Meldungen und Vermuthungen. Dahin gehört die Nachricht, daß zur Zeit direkte Verhandlungen zwischen dem Minister Falk und dem Kardinal Nina gepflogen würden. Diese Annahme beruht auf Unkenntniß der amtlichen Formen; derartige Verhandlungen können nur durch den Reichskanzler geführt werden.

Das statistische Amt hat eine vorläufige Uebersicht des Betrages der Tabaksteuer für das Rechnungsjahr 1878—79 aufgestellt. Danach berechnet sich die Solleinnahme für Preußen auf 338,253 M., für Baiern auf 288,130 M., für Sachsen auf 29 M., für Würtemberg auf 5584 M., für Baden auf 364,584 M., für Hessen auf 43,474 M., für Mecklenburg auf 9454 M., für Thüringen auf 10,762 M., für Braunschweig auf 1637 M., für Anhalt auf 7035 M., für Elsaß-Lothringen auf 154,082 M., zusammen auf 1,223,024 M. Im Vorjahre stellte sich die Einnahme auf 1,229,402 M., es ergiebt sich mithin eine Abnahme von 6378 Mark.

Provinzielles.

Stettin, 15. Februar.

— Die „Neue Stettiner Zeitung“ tischt ihren Lesern wieder einige, wir wissen nicht, sollen wir sagen Unwahrheiten oder Verleumdungen über uns auf. Sie behauptet mit dreister Stirne, daß uns Herrn Dr. Wegner's Schreiben bereits bei der Abfassung unseres letzten Artikels vorgelegen habe und wir daher über den Vorfall im neuen Krankenhause schon völlig orientirt gewesen seien. Dem haben wir einfach zu erwidern, daß wir jenen Artikel vorgestern zwischen 10 und 12 Uhr Vormittags schrieben und derselbe bereits um 2 Uhr Mittags gedruckt vorlag, während der Brief des Herrn Dr. Wegner erst vier Stunden später, nämlich um 6 Uhr Abends, von der Post unserm Boten übergeben ist, und also etwa um 6½ Uhr Abends in unsere Hände gelangte. Wir haben sogar noch ein Uebriges gethan, um demselben sobald als möglich die weiteste Verbreitung zu geben, indem wir die Setzer des Tageblattes, die sich eben entfernen wollten, so lange zurückhielten, bis der Satz auch für das Tageblatt vollendet war. Man sieht, zu welchen grundlosen Verdächtigungen gegen uns die „Neue Stett. Zeitung“ sich hinreißen läßt. Wenn wir den Brief des Herrn Dr. Wegner nicht wörtlich mitgetheilt haben — worin Herr Wiemann gleichfalls ein großes Verbrechen sieht — so liegt das einfach daran, daß uns von Herrn Dr. Wegner der Wunsch, den Wortlaut seines Briefes zu veröffentlichen, nicht ausgesprochen ist. Alles irgend wie Wesentliche in seiner Mittheilung ist übrigens von uns veröffentlicht, und wenn die „Neue Stettiner Zeitung“, von Neugierde geplagt, in dem Schreiben noch andere große Dinge vermuthet, so steht ihr die Einsicht in dasselbe in unserm Bureau offen. Bloß Nebensächliches, wie daß Herr Dr. Wegner irrthümlicher Weise die erste Veröffentlichung des Verfalls in unserm Blatte auf den Sonnabend statt auf den Sonntag legt und sein Schreiben nur an das Stettiner Tageblatt richtet, mit abdrucken zu lassen, halten wir wenigstens für gänzlich ohne Zweck und für Verschwendung von Druckerschwärze. Noch komischer wirkt auf den Kundigen freilich der Vorwurf, den die „Neue Stett. Zeitung“ vom hohen Kothurn herab auf uns zu schleudern versucht, „wir hätten den uns auf Grund eines ausdrücklichen Beschlusses der städtischen Behörden zur Aufnahme zugestellten Bericht der Finanzkommission wochenlang im Pulte liegen lassen, bevor wir ihn zum Abdruck brachten.“ Wir bemerken dazu einfach, daß uns dieser Bericht der städtischen Finanzkommission einmal erst ungefähr eine Woche nach der betr. Sitzung zugeschickt wurde, und wir wirklich keinen Grund absahen, warum auch wir noch diesen eben nicht salomonischen Urtheilsspruch einer kommunalen Partei, daß sie Recht und ihr Gegner Unrecht habe — ein Spruch, wie er seit den Zeiten, daß sich die Bürger einer gewissen Stadt in alle Länder zerstreuten, wohl noch nie in einem kommunalen Gemeinwesen gefällt ist — bei uns acht Tage später veröffentlichen sollten, als die „Neue Stettiner Zeitung“, die „Ostsee-Zeitung“ und der „General-Anzeiger“, welche durch die Vermittelung ihrer guten Freunde unter den Stadtverordneten schon gleich nach der Sitzung diesen Bericht zu bringen in der Lage gewesen waren. Dazu kam, daß man zwar beschlossen hatte, diesen Bericht der Finanzkommission bei uns veröffentlichen zu lassen, daß man es aber übersehen zu haben schien, daß diese Veröffentlichung auch Insertionskosten machen werde. Der Magistrat sah sich daher gezwungen, uns zu bitten, diesen Bericht gratis in unsere Blätter aufzunehmen, und wenn wir diesem Appell an unsere Liberalität schließlich nachkamen und den uns deshalb gemachten Vorstellungen Gehör schenkten, so wird uns Niemand verdenken, daß wir zur Veröffentlichung einen Tag wählten, der uns paßte, und nicht einen Tag, der vielleicht der „Neuen Stettiner Zeitung“ genehmer war.

Wir können daher alles, was wir über das pharisäische Gesalbader der Neuen Stettinerin gesagt haben, nur aufrecht erhalten. Und wenn dieselbe wirklich meint, mit dergleichen einem hiesigen Bürger, welcher einen Vorgang von allgemeinem Interesse zur Sprache bringt, den Mund verbieten zu können und gar von einem Auf-die-Finger-klopfen redet, so wird solche weiße Salbe schwerlich Eindruck machen, auch sollen unverbürgten Nachrichten zu Folge in allen den Fällen, wo es bisher zum „Klopfen“ kam, die Redakteure der Neuen Stettinerin ein wenig den Kürzeren gezogen haben. Es war vielmehr durchaus angezeigt, daß der Bestattungsmodus im Krankenhause, sobald sich darüber unaufgeklärte Gerüchte verbreiten, von dem Einsender des ersten Schreibens zur Sprache gebracht wurde und wollen wir nur wünschen, daß der von Herrn Dr. Wegner als üblich bezeichnete Bestattungsmodus, die Verstorbenen wenigstens mit einem Todtenhemde zu bekleiden, nun auch in Zukunft strenge inne gehalten werde —, denn wie es in früheren Zeiten damit stand, zeigt wohl am besten ein uns bekannter Fall, wo die Angehörigen ein eigenes Gewand zur Einkleidung der Leiche geschickt hatten, und wo doch der Todte — wohl auch „wegen anderweiter dringender Beschäftigung der Leichenwärter“ — auf ein Haar völlig unbekleidet in die Gruft gefahren wäre, wenn man nicht noch im letzten Augenblick Wind von der Sache bekommen hätte. Freilich pflegt man solche Vorgänge nicht von „Spitzen der Behörden“ zu erfahren, mit denen einzig und allein die Neue Stettinerin noch verkehren zu können scheint; sondern muß schon ein wenig in andere Schichten der Bevölkerung hinabsteigen, die allerdings der Pseudo-Liberalismus der „Neuen Stettiner Zeitung“ trotz aller ihrer freiheitlichen Redensarten wohl am liebsten ganz mundtodt sehen würde.

— Dem pensionirten Reviertlootsen Hancke zu Swinemünde ist das Allgemeine Ehrenzeichen verliehen.

Cöslin, 13. Februar. Der Kreistag hat am 8. d. zur Verlegung der chemischen Versuchsstation von Regenwalde nach Cöslin 15,000 Mark bewilligt.

Vermischtes.

— Eine aufregende Scene ereignete sich am Mittwoch früh in der Melchiorstraße. Mehrere Arbeiter waren mit der Reinigung eines Hofes beschäftigt, als plötzlich im zweiten Stock sich ein Fenster öffnete und ein junges Mädchen an demselben erschien. Ehe Jemand hindernd dazwischen treten konnte, sprang dasselbe auf den Hof hinab und gerade auf einen der Arbeiter, der von der Wucht des Sturzes zu Boden fiel und anscheinend nicht unerheblich verletzt die Arbeit verließ. Das junge Mädchen hat keine Verletzung davon getragen. Der Anlaß zu dem verzweifelten Sprunge ist ein sehr sonderbarer. Das junge Mädchen hatte vor einiger Zeit einen Streit mit einer Nachbarin und ist wegen Injurien verklagt worden. Von mehreren Seiten ist ihr vor der möglicherweise drohenden Gefängnißstrafe solche Angst gemacht worden, daß sie, als die Ladung zum Termin einlief, in der Aufregung den erwähnten Selbstmordversuch unternahm. Hoffentlich steht die Strafe für die Injurien in keinem Verhältniß zu der Gefahr, in die sich die Geängstigte begeben hat.

Viehmarkt.

Berlin, 14. Februar. Es standen zum Verkauf: 82 Rinder, 1085 Schweine, 551 Kälber, 596 Hammel.

Bei Rindern sowohl wie bei Schweinen fehlte beste Waare heute ganz; beide Viehgattungen wurden nicht geräumt und verblieben die Preise ohngefähr auf der Höhe des letzten Markttages.

Rinder wurden je nach Qualität mit 40—51 Mark pro 100 Pfd. Schlachtgewicht bezahlt.

Schweine wurden je nach Qualität mit 36 bis 46 Mark pro 100 Pfund Schlachtgewicht bezahlt.

Das Geschäft für Kälber verlief zwar nicht langsam, doch bewirkte der geringere Auftrieb eine kleine Preisaufbesserung (40—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht).

Von Hammeln waren nur einzelne Stücke verschiedenster Beschaffenheit an den Mann zu bringen, die zu einer Preisnormirung keinen Anhalt boten.

Telegraphische Depeschen

Karlsruhe, 14. Februar. In Beantwortung der Interpellation betreffend die Vorlage über die Strafgewalt des Reichstags erklärte Staatsminister Turban, eine Regelung der Angelegenheit sei nothwendig, die Regierung habe ursprünglich aber die Ansicht gehabt, daß die Regelung der Initiative des Reichstages zu überlassen sei. Der prinzipielle Einwand sei indeß fallen gelassen worden, nachdem das Unannehmbare aus dem Gesetzentwurfe entfernt worden sei

Wien, 14. Februar. Die „Polit. Corresp.“ veröffentlicht folgende Meldungen:

Aus Konstantinopel vom 13. d.: General Totleben ist heute zu einer Besprechung mit dem Fürsten Lobanoff hier eingetroffen.

Der englische Botschafter Layard hat seine Abreise von hier auf nächsten Mittwoch festgesetzt.

Der gestrige Ministerrath war mit den auf das Verhältniß zwischen der Pforte und Oesterreich bezüglichen Angelegenheiten beschäftigt.

Aus Bukarest: Der russische Ministerresident, Baron Stuart, wird provisorisch durch den russischen Konsul Jacobson in Jassy ersetzt, der indeß blos in der Eigenschaft eines Chargé d'affaires fungirt.

Aus Petersburg: Der vom hiesigen deutschen Botschafter entsendete Arzt, Dr. Leweß, hat in Sarepta vollkommen ausreichende Kordons, rationelle Quarantäneeinrichtungen, sowie eine sehr strenge Handhabung aller Details vorgefunden, der Gesammteindruck, den derselbe von den Einrichtungen erhielt, ist ein höchst befriedigender. Die Gerüchte von verdächtigen Krankheitsfällen, die in Worssoglebsk, Kaluga und Krementschug vorgekommen sein sollen, sind durchaus unbegründet.

Teplitz, 14. Februar. In der heute Abend stattgehabten Sitzung des Magistrats erstattete Professor Dr. Laube über das Ergebniß der heutigen Begehung der Thermalgebiete bis zum Dollinger-Schacht Bericht. Derselbe erklärte, daß durch die Zunahme der Temperatur des zuströmenden Wassers der Zutritt von Thermalwässern konstatirt werde, daß indeß die Thatsache, daß die Temperatur in den letzten 24 Stunden nicht mehr gestiegen sei, zu der Annahme berechtige, daß ein weiteres Hinzutreten warmen Wassers nicht weiter stattfinde. Auch gewährten die heute Nachmittag in der Urquelle hervorgetretenen Fluktuationserscheinungen die beruhigende Ueberzeugung, daß das Wasser dort keinesfalls tief gesunken sein könne.

Der Statthalter von Böhmen ist heute Abend hier eingetroffen.

Triest, 14. Februar. Der gestern aus Konstantinopel hier eingetroffene Lloyddampfer „Achilles“ erhielt heute die Erlaubniß, zu laden und frei zu verkehren.

Paris, 14. Februar. Der Präsident Grevy hat heute Morgen eine Deputation der Assoziation der französischen Industrie empfangen, welche demselben Bericht über die Lage der Industrie erstattete. Die Assoziation erklärt, sie erwarte von dem Präsidenten der Republik und den Kammern, daß die nationale Arbeit gegen die ausländische Konkurrenz durch wirksame Kompensationszölle geschützt werde. Der Präsident erwiderte, daß diese Fragen die ernsteste Beachtung seitens der staatlichen Gewalten verdienten; die Abtheilungen der Kammern würden dieselben prüfen und die Regierung sich über die Bedürfnisse des Landes unterrichten. Die Interessen der nationalen Arbeit sollten nicht preisgegeben werden. — Einem Deputirten, welcher des Gerüchtes erwähnte, daß das neue Ministerium bei seiner Bildung sich den Freihändlern gegenüber engagirt hätte, entgegnete der Präsident mit der Versicherung, daß das Kabinet die vorliegende Frage ohne Voreingenommenheit prüfen und allen Interessen den erforderlichen Schutz angedeihen lassen werde.

Konstantinopel 14. Februar. Zur Einsichtnahme von den gesundheitlichen Verhältnissen in Bulgarien sind türkische Aerzte dorthin abgesendet worden.

Aus Kavalla eingetroffene ärztliche Konsularberichte erklären die Nachrichten von dem Auftreten der Pest dortselbst für vollständig unbegründet.

Reouf Pascha hat seine Ankunft in Adrianopel hierher angezeigt.